

Bedingungen für Heimkehr erfüllt



PRISTINA/BERN: Im Kosovo sind die Sicherheitsbedingungen für eine Rückkehr von Flüchtlingen erfüllt. Diesen Eindruck gewann Bundesrat Deiss (Bild) gestern vor Ort. Die letzten 3000 Flüchtlinge in der Schweiz könnten somit auf freiwilliger Basis heimkehren.

Die Flüchtlinge sollen erneut eine finanzielle Rückkehrhilfe erhalten, wie die Sprecherin des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Muriel Berset Kohen, auf Anfrage erklärte. Sie konnte keinen exakten Betrag nennen.

Bei den noch in der Schweiz befindlichen Flüchtlingen handelt es sich vorwiegend um Angehörige der Minderheiten der Roma und Aschkali. Sie werden besonders von nationalistischen Kosovo-Albanern verfolgt.

Die Schweiz hatte bereits im Juli 1999 ein umfassendes Rückkehrprogramm für die von der UNO verwaltete südserbische Provinz lanciert. In dessen Verlauf profitierten über 30 000 Flüchtlinge von der angebotenen finanziellen Starthilfe.

Bei den Flüchtlingen werde nun jeder Fall gesondert begutachtet, fügte die EDA-Sprecherin telefonisch aus Kosovo an. Diese Arbeit übernehme der permanente Vertreter des Bundesamtes für Flüchtlinge (BFF) in der Kosovo-Hauptstadt Pristina.

Mit dem eintägigen Besuch im Kosovo, drei Jahre nach Einsetzung der UNO-Verwaltung (UNMIK), wollte sich Bundesrat Joseph Deiss ein Bild machen, ob eine Rückkehr der übrigen Flüchtlinge verantwortbar sei. UNMIK-Chef Michael Steiner ist der Meinung, dass sie noch dieses Jahr zurückkehren könnten, wie Berset Kohen ausführte.

Zürich gegen Staatsvertrag

Kantonsrat gegen die Neuverteilung des Fluglärms – Ablehnende Haltung des Regierungsrats gestärkt

ZÜRICH: Wie der Regierungsrat ist auch der Zürcher Kantonsrat gegen den Staatsvertrag mit Deutschland über die Neuverteilung des Fluglärms. Ein dringliches Postulat der SVP dazu ist gestern mit 102 zu 49 Stimmen deutlich überwiesen worden.

Die bürgerliche Mehrheit des Zürcher Kantonsparlaments stützte mit seinem Entscheid die Haltung des Regierungsrats, der bereits Ende April seine Ablehnung des Staatsvertrags bekannt gegeben hatte. Damit wurde den Zielen des Postulats entsprochen.

Einer der Postulanten lobte den Regierungsrat für dessen «Mumm und

Mut», die Ratifizierung des Staatsvertrags durch die Eidgenössischen Räte zu bekämpfen. Bemängelt wird insbesondere die Diskriminierung der Zürcher Bevölkerung und des Flughafens Kloten. Der Staatsvertrag auflege dem Flughafen Kloten Restriktionen, die für keinen deutschen Flughafen gelten würden, sagte ein FDP-Kantonsrat. Die bilateralen Verträge, die Anfang Juni in Kraft treten, würden Diskriminierungen verbieten. Gegenüber Deutschland habe der Bund eine «unwürdige Appeasement-Politik» betrieben.

Zunächst solle gerichtlich geprüft werden, ob der Staatsvertrag überhaupt EU-kompatibel sei, erklärte ein

Sprecher der FDP. Und wenn Deutschland einseitige Massnahmen anordne, müsse sich die Schweiz dagegen wehren und allenfalls Gegenmassnahmen treffen.

Der Staatsvertrag habe «katastrophale wirtschaftliche und raumplanerische Auswirkungen», sagte ein SVP-Kantonsrat. Die Linke befürworte den Vertrag, weil sie mit ausländischer Hilfe ihre eigenen Interessen in der Flughafenpolitik durchsetzen könne.

«Kniefall vor der Flughafen-Lobby»

Die SP-Fraktion kritisierte die «Alles oder nichts-Politik» des Regierungsrats. Mit dieser Haltung werde die Ar-

beit des Runden Tisches und des Schutzverbandes sabotiert. Ziel bleiben müsse eine einvernehmliche Lösung mit Deutschland, die von einer gerechten Lärmverteilung und einer Plafonierung der Flugbewegungen ausgehe.

Die Grünen verurteilten die Ablehnung des Staatsvertrags durch die Regierung aufs Schärfste. Eine Kantonsrätin der Grünen sprach von einem «Kniefall vor der Flughafen-Lobby». Die Regierung nehme in Kauf, dass Deutschland einseitige Massnahmen zu Lasten der Bevölkerung treffe. Die Interessen von Flughafen und Wirtschaft wurden höher gewichtet, sagte eine andere Sprecherin der Grünen.

Alles klar bei der Zentralschweizer kids.expo

Noch 9 Tage bis zur Expo

LUZERN: Das Expo-Projekt der Zentralschweiz, kids.expo, hat im geplanten Umfang verwirklicht werden können. Dies gaben die Organisatoren gestern in Luzern bekannt. Gezeigt wird in Yverdon eine Planetenwelt mit Freuden und Sorgen der Kinder.

Die Kantone Luzern, Zug, Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden hatten kids.expo vor zwei Jahren gestartet. Seither lieferten Tausende Kinder Ideen ab, werkten an Modellen und halfen beim Ausstellungsbau mit.

Ziel der Projektverantwortlichen war es, die Kinder so unverfälscht wie möglich in die Expo.02 einzubringen. kids.expo, die in Yverdon eine Fläche von 1400 m² einnimmt, steht unter dem Motto «Erfinde deine Welt, wie sie dir gefällt».

Schwierige Auswahl

Projektleiter Marco Schneider sagte, die Auswahl aus den rund 10 000 eingereichten Ideen sei schwierig gewesen. Bei der Suche im Heuhaufen nach der Nadel respektive der zündende Idee habe es manchmal mehr Nadeln als Heu gegeben.

Die Ideen zeigten, wie gradlinig, radikal und energiegeladene Kinder sein könnten, sagte Schneider. Von ihrer



Der Projektleiter Marco Schneider (Mitte), Elisabeth Müller (links), Geschäftsführerin UNICEF Schweiz, und Bruno Santini-Amgarten, Geschäftsführer UNESCO Schweiz, stellen das Zentralschweizer Projekt kids.expo vor. (Bilder: Keystone)

Sicht auf die Welt würden auch die Erwachsenen lernen.

Die Szenographie der Ausstellung gestaltete Dani Christen. Das Gelände wurde in eine mit Quarzsand bestreute Planetenlandschaft verwandelt, auf der sich sechs weitere thematische Plan-

neten befinden. Ein Planet etwa wird von einem Roboter beherrscht, der untragliche Alltagsarbeiten wie Schreiben oder Einkaufen übernimmt. Auf einem anderen wächst eine geheimnisvolle Pflanze, die Probleme tressen kann. Wer mag, kann aber auch auf ei-

ner Wolke schweben. Die Ausstellung wurde so gebaut, dass sie stündlich von 1000 Besucherinnen und Besuchern erlebt werden kann. Täglich sind bis zwölf Betreuerinnen und Betreuer im Einsatz. Ergänzt wird die Ausstellung mit Darbietungen im expo.drom.

REKLAME

«DER SEHNSUCHT
NACH ORDNUNG STEHT DER WUNSCH ENTGEGEN, SICH ZU BEFREIEN, DER SEHNSUCHT NACH FESTEN BILDERN, DER WUNSCH NACH VERÄNDERUNG.»
Hilke Léon, Architektin in Berlin, Léon Wohlhage Wernik Architekten.

Wir von STILO denken nicht über Details hinweg. STILO ist die Art der Arbeit. Klarheit, Ordnung, Flexibilität in der Anwendung. An Einzel- oder Mehrpersonprojekten. STILO ist ein Unternehmen, das sich für die Qualität der Arbeit einsetzt. www.stilo.ch

STILO
KOMPLETENZ IM DETAIL

28 Schweizergardisten in Rom vereidigt

Papst hofft auf Vertiefung des Glaubens der Gardisten

ROM/BERN: Im Vatikan sind gestern in Anwesenheit von Bundesrat Samuel Schmid 28 neue Schweizergardisten vereidigt worden. Papst Johannes Paul II. sagte, er hoffe, dass die Gardisten bei ihrer Arbeit ihren Glauben vertieften. Schmid traf gleichentags mit dem italienischen Verteidigungsminister Antonio Martino zusammen.

Bei der Begrüssung der neuen Gardisten sagte der Papst, er hoffe, dass sie trotz der Härte des Dienstes diese Mission als eine Vertiefung des Glaubens und der Bindung zur Kirche und als Erfahrung der Brüderlichkeit untereinander erlebten. Bundesrat Schmid würdigte die Bedeutung der Garde für die Schweiz. An einem besonderen Ort und einem besonderen Auftrag stehe die Schweizergarde für die Schweizer Markenzeichen Sicherheit und Zuverlässigkeit, sagte Schmid laut seinem Sprecher Oswald Sigg.

Die Vereidigung der neuen Gardisten erfolgt jeweils am Jahrestag des so genannten Sacco di Roma. Dabei wird der 147 Schweizergardisten gedacht, die bei der Plünderung von Rom am 6. Mai 1527 ums Leben gekommen waren. An diesem Tag erwarben sich die Gardisten mit der Rettung des Papstes Clemens VII. den Ruf von Treue und Loyalität. Schmid legte vor dem Denkmal der gefallenen Schweizer einen



Verteidigungsminister Samuel Schmid wohnte der Vereidigung von 28 neuen Schweizergardisten bei.

Kranz nieder. Die Rekrutierung der Gardisten ist ein ständiges Problem. Mit den 28 neuen Angehörigen zählt die Garde 100 Männer. Kommandant Pius Segmüller sagte im Vorfeld der Vereidigung, dass der päpstliche Dienst wegen der Konjunkturlaute in der Schweiz trotz des tiefen Anfangslohns von monatlich 1049 Euro wieder etwas attraktiver geworden sei.

Schmid nutzte seine Reise nach Rom auch für Gespräche mit dem italieni-

sehen Verteidigungsminister Martino über die italienisch-schweizerische Kooperation in der Sicherheitspolitik. Ein weiteres Thema sei die Entwicklung der globalen und europäischen Sicherheitspolitik gewesen, sagte Sigg. Schmid lud Martino zu einem Besuch in die Schweiz ein.

Es handelte sich um das erste Treffen zwischen einem Schweizer und einem italienischen Verteidigungsminister seit 1997.